

## Wie war das noch mit der Krim?

### Vorwort

Die europäischen Länder sollen, auf Druck der USA, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland weiterführen – und wahrscheinlich noch verstärken. Die EU marschiert, nicht gerade stramm, aber recht folgsam, Frau Merkel nach, die energisch vortreibt. Sie dient Washington quasi als Pitbull. Was soll das ganze, oder, was haben die Russen denn verbrochen, dass Uncle Sam sie strafen will? Haben sie am Ende im Sinne, wie weiland Attila, über Europa herzufallen? Der Hunnenkönig stürmte mit seinen Horden bis nach Gallien und Italien, ehe er „an den Strapazen der Hochzeitsnacht starb“, wie es einst einer meiner Geschichtslehrer, noch jung, gerade verlobt oder verheiratet, formulierte, während er, wie ich mich zu erinnern meine, leicht errötete – ich kann mich aber auch täuschen.

Hinter den Sanktionen steckt vordergründig die Krim. Werfen wir also einmal einen Blick dorthin.

Sie ist eine „Fast-Insel“ im Schwarzen Meere, möchte man sagen. Die Landbrücke zur Ukraine hat gerade noch eine Breite von vielleicht 15 Kilometern. Sie gehörte seit Menschengedenken zu Russland, bis Nikita Chruschtschow sie 1954 der Ukraine schenke – formulieren wir das einmal so. Aber noch heute sind etwa 60% der 2.35 Millionen Einwohner Russinnen und Russen.

### Sewastopol

Diese Stadt, am südwestlichen Rande der Krim und am Schwarzen Meere gelegen, ist seit alters der Heimathafen und Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte und bis 2014 der ukrainischen Marine.<sup>[1]</sup>

### Kriegsspiele auf dem Rücken der Ukraine

Dieses Land wird seit ein paar Jahren von den westlichen Eliten unter der Führung von Washington für eine Art Krieg gegen Russland missbraucht – formulieren wir dies einmal so. Der US-amerikanische Präsident hat das auch zugegeben und von einem „Deal mit Kiew“ gesprochen.<sup>[2]</sup> Was steckt dahinter? Ich gehe davon aus, dass den USA die russische Rohstoffbörse SPIMEX in St. Petersburg nicht in den Kram passt. Dort kann neuerdings Erdöl auch in anderen Währungen als in \$-Dollar abgerechnet werden. Das bedroht den Petro-Dollar.<sup>[7]</sup> Mit ihm beherrschen die Yankees quasi den Erdölhandel. Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi hatten auch im Sinne, ihr Erdöl nicht gegen \$-Dollar zu verkaufen. Beiden ist das nicht gut bekommen.<sup>[8]</sup>

Doch zurück zur Krim. Die Bevölkerung wollte sich nach den Vorkommnissen in der Ukraine wieder Russland anschließen. Es kam zu einer Abstimmung. 82% der Menschen stimmten ab. 95% bekannten sich zu Russland. Deutschland und dann auch die UNO bezeichneten die Abstimmung als ungültig.<sup>[3]</sup>

### Juristische Begutachtung<sup>[4]</sup>

Prof. Dr. Reinhard Merkel schrieb in der FAZ einen Artikel, in dem er die Situation beleuchtete. Er berichtet darüber in einem Video, das ich hier zusammenfasse. (Mo: Moderatorin, PM: Prof. Merkel)

Mo: Sie haben einen Artikel in der FAZ veröffentlicht. Am Anfang stehen 3 Fragen und 3 Antworten:

- Hat Russland die Krim annektiert? Nein.
- Waren das Referendum auf der Krim und deren Abspaltung von der Ukraine völkerrechtswidrig? Nein.
- Waren sie also rechtens? Nein.

PM: Für den Laien klingt das widersprüchlich. Aber sie verstießen gegen die ukrainische Verfassung. In diesem Sinne waren sie nicht rechtens. Doch weil ein Teil einer Bevölkerung über irgendeine Frage ein Referendum abhält, wird er nicht zu einem Objekt des Völkerrechts. Deshalb kann diese Abspaltung nicht gegen das Völkerrecht verstossen. Dass es gegen das ukrainische Recht verstieß, lag auf der Hand.

2008 hat der Internationale Gerichtshof die Abspaltung des Kosovo<sup>[6]</sup> nicht als Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet. Er hielt auch fest, dieses Völkerrecht gewähre kein Recht zur Sezession; aber es kann es den sezessionswilligen Teilen einer Bevölkerung nicht verbieten.

MO: Diese Krimkrise hat die Fronten zwischen Ost und West verhärtet wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Es wird von Annexion gesprochen, und es gibt Sanktionen. Sind diese Folgen gerechtfertigt?

PM: Nein, das ist nicht gerechtfertigt. Es ist nicht nur politisch in einem hohen Masse unklug, sondern auch unter den Kriterien des Völkerrechts nicht für legitimierbar. Es ist auch nicht richtig, Russland zu behandeln wie den Irak 1991, als Saddam Hussein Kuwait annektierte. Eine Annexion im klaren Sinne des völkerrechtlichen Verbots bedeutet: Annexionen verletzen das Gewaltverbot zwischen den Staaten. Ein fremder Landesteil wird mit Zwangsmitteln der eigenen Hoheitsgewalt unterstellt und zwar nicht nur gegen den Willen oder Wunsch der fremden Regierung, sondern auch gegen den Wunsch der betroffenen Bevölkerung. Wenn es aber in diesem betroffenen Teile der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit gibt, die die Abspaltung respektive Zuwendung möchte, und diese Meinung auch artikuliert hat, rechtlich sauber oder auch unsauber, das bleibt im Moment dahingestellt; wenn wir also eine eindeutige und belegbare Mehrheit in der Bevölkerung haben, die diesen Wechsel möchte, dann kann man nicht von Annexion reden.

MO: Wäre der Vorschlag Platzek,<sup>[5]</sup> das Referendum zu wiederholen, vernünftig?

PM: Ja. Platzek hat zuerst gefordert, der Wechsel der Krim zu Russland sollte völkerrechtlich anerkannt werden. Aber es gibt keine Instanz im Völkerrecht, die das beschliessen kann. Das müssen die betroffenen Staaten selbst tun.

Dann schlug er vor, das Referendum unter internationaler Aufsicht zu wiederholen. Das ist sinnvoll, weil der Westen das Resultat bezweifelt. Warum fordert er das nicht selbst?

MO: Steckt Ideologie dahinter?

PM: Es kam Druck aus Washington. Aber ich vermisste in den deutschen Medien eine gesunde Berichterstattung darüber, was geschehen ist. Man hätte die Lage analysieren müssen, ohne gleich einen Schuldigen zu benennen. Es hiess, Putin habe Grundelemente der zivilisierten Staatenwelt gebrochen. Diese Behauptung ist falsch.

### **Nachwort (wieder von mir)**

Es gilt also zweierlei Recht. Was Schottland (erfolglos) und der Kosovo dürfen, darf die Ukraine nicht. Die (alten) Römer hatten dafür einen Merkspruch: „quod licet iovi non licet bovi“ – also etwa „was Jupiter tun darf, darf ein Ochse nicht tun“. Der „Westen“, also die USA und ihre Spiessgesellen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel als Zugpferd halten sich für Jupiter gleich, die Russen und die Krim für Ochsen.

**Im Kosovo fand zudem keine Volksabstimmung über die Abspaltung von Serbien statt.** Das Parlament beschloss dies in eigener Regie am 17. Februar 2008.

### **Quellen**

[1] Die russische Schwarzmeerflotte in den Händen der amerikanischen „Freunde“ – für viele ein Grund zur Freude.

[2] Obama bestätigt US-geführten Putsch in Kiew

Ukraine US-Präsident Barack Obama hat in einem TV-Interview bestätigt, dass der Staatsstreich in Kiew ein „US-Deal“ war.

<https://www.freitag.de/autoren/hans-springstein/obama-bestaetigt-us-geführten-putsch-in-kiew>

[3] Nach der Abstimmung betonte die deutsche Bundesregierung, dass das Referendum, die Unabhängigkeitserklärung und die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation internationalem Recht widerspreche...

Mit grosser Mehrheit beschloss die UN-Vollversammlung am 27. März 2014 eine nicht-bindende Resolution, in welcher das Referendum als „ungültig“ bezeichnet wird („[...] Underscores that the referendum held in the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol on 16 March 2014, having no validity [...]“). Für diese Resolution stimmten 100 Staaten, dagegen stimmten 11 Staaten (darunter: Russland, Nordkorea, Syrien, Kuba, Weissrussland) und 53 Länder enthielten sich (darunter: China und Kasachstan). (Wikipedia zu „Referendum über den Status der Krim“)

[4] Prof. Dr. Reinhard Merkel: : Krim, Annexion oder Sezession? Stand die Abspaltung der Krim in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht?

Er ist Dozent für Strafrecht und Rechtsphilosophie

[https://www.youtube.com/watch?v=z0E\\_-APvUYE](https://www.youtube.com/watch?v=z0E_-APvUYE)

[5] Platzeck schlägt Wiederholung des Krim-Referendums unter OSZE-Aufsicht vor

<http://www.heise.de/tp/artikel/43/43367/1.html>

[6] Am 17. Februar 2008 proklamierte das Parlament des Kosovo die Unabhängigkeit des Territoriums. 108 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen die Republik Kosovo als unabhängig an. (Wikipedia)

Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen erklärte sich auf Grundlage von Artikel 2, Kapitel 1 der Charta der Vereinten Nationen damit einverstanden und kommentierte seine Entscheidung vom 22. Juli 2010 folgendermaßen: „Aus der Praxis des Sicherheitsrates kann kein generelles Verbot gefolgert werden, das sich auf Unabhängigkeitserklärungen bezieht,“ und weiter: „Das Völkerrecht insgesamt enthält kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen.“

<https://www.wsws.org/de/articles/2014/03/20/krim-m20.html>

Im Kosovo scheint es kein Referendum gegeben zu haben. Das Parlament allein entschied über die Abspaltung von Serbien.

[7] Seit dem Zweiten Weltkrieg wird der Handel mit Erdöl hauptsächlich in US-Dollar abgerechnet. Das hierfür verwendete Geld wird auch als Petrodollar bezeichnet.

### **Folgen der Dollarfakturierung**

Aus der Dollarfakturierung des Erdöls lassen sich drei Bedeutungen ableiten:

Erstens hat die grosse und konstante Abhängigkeit der Weltwirtschaft vom Rohöl einerseits zur Folge, dass der Wechselkurs jedes Landes gegenüber dem US-Dollar eine entscheidende ökonomische Grösse ist – schließlich beeinflusst er in grossem Maß die Rohstoffpreise eines Landes.

Zweitens verursacht die fast ausschließliche Dollarfakturierung andererseits bilanztechnisch Verbindlichkeiten der US-Zentralbank Federal Reserve gegenüber den erdölexportierenden Ländern in enormem Umfang, da diesen Ländern durch den Öllexport grosse Dollarbestände zufließen.

Drittens fließen der US-Zentralbank in Höhe der Ölkaufpreise Devisen der ölkaufenden Nationen zu.

Mehreren Studien zufolge vereinbarten die Vereinigten Staaten 1972/73 (also ein Jahr nach dem offiziellen Ende der Goldkonvertibilität des US-Dollars) mit Saudi-Arabien, dass das saudi-arabische Öl nur in US-Dollar fakturiert werde. Als Gegenleistung hätten die USA demnach militärische Unterstützung an Saudi-Arabien ausgesprochen.

Offizielle Nachweise über eine solche Vereinbarung gibt es nicht. Zu dieser Zeit war Richard Nixon US-Präsident. Henry Kissinger war sein wichtigster Berater in Sachen Sicherheit und Außenpolitik. (Wikipedia)

### **Mein Kommentar dazu**

Der Petrodollar hat den USA mit Sicherheit genützt; sonst hätten sie ihn nicht eingeführt. Wie gross dieser Nutzen war, kann man schon daran sehen, dass alle, die etwas dagegen unternahmen oder unternehmen wollten, es bereuten – falls sie dazu noch in der Lage waren.

[8] Wahrer Grund für Libyenkrieg enthüllt – Gaddafi und der Golddinar

Von Michael Lehner - Am 19. Jan. 2016

Libyen. Einst wohl das fortschrittlichste Land auf dem afrikanischen Kontinent. Mit einem zugegebenermaßen diktatorisch anmutenden Präsidenten. Heute ein Failed State. Aufmarschgebiet von Terroristen und Fluchtstartpunkt für Tausende, um das Mittelmeer zu überqueren.

Mit der von Frankreich eingebrachten UN-Resolution 1973, die eine Flugverbotszone über Libyen schaffen sollte, um angeblich die libysche Zivilbevölkerung vor dem „Schlächter Muammar al-Gaddafi“ zu schützen, begann die bewusst gesteuerte Zerstörung dieses Landes.

Am Neujahrstag veröffentlichte das US-Außenministerium 3.000 „neue“ Emails der damaligen Außenministerin Hillary Clinton aus denen nun ersichtlich wird, dass der Westen die NATO und damit die Resolution 1973 dazu nutzte, um Gaddafi zu stürzen. Laut einer dieser jetzt veröffentlichten Emails ging es darum den Versuch Gaddafis zu vereiteln, eine goldgedeckte Währung zu schaffen, die dann in direkter Konkurrenz zum westlichen Fiat Money-/Zentralbank-Monopol gestanden wäre.

Die Emails zeigen zudem, dass die von Frankreich angeführte „militärische Initiative“ auch von dem Wunsch angetrieben wurde, größeren Zugriff auf die libysche Erdölproduktion zu erlangen und Gaddafis Streben nach mehr Einfluss im frankophonen Teil Afrikas zu unterbinden.

<http://www.neopresse.com/politik/afrika/wahrer-grund-fuer-libyenkrieg-enthueilt-gaddafi-und-der-golddinar/>